V0747/24

Geplantes Gymnasium Pfaffenhofen-Ingolstadt;
Zustimmung zum Standort im Landkreis Pfaffenhofen und Absichtserklärung zur Bildung
eines Zweckverbandes
(Referent: Herr Grandmontagne)

Antrag:

1. Der Auswertung und Einordnung der eingegangenen Bewerbungen der Gemeinden Baar-Ebenhausen und Manching zum Auswahlverfahren zur Standortentscheidung für das geplante Gymnasium Pfaffenhofen-Ingolstadt wird gefolgt:

Dem Standort in der Gemarkung/Gemeinde Manching, Grundstück Flurnummern 628/38, 875 und 813 (Teilfläche) mit einer nutzbaren Fläche von ca. 30.000 qm und insgesamt erreichten 28,5 von möglichen 30,0 Punkten wird zugestimmt.

2. Mit der Absicht, für die Neugründung und den Betrieb des geplanten Gymnasiums auf dem Gebiet des Landkreises Pfaffenhofen einen Zweckverband nach Art. 17 ff. des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (KommZG) mit dem Landkreis Pfaffenhofen zu bilden, besteht Einverständnis.

Stadtrat	22.10.2024	Entscheidung
Ausschuss für Kultur und Bildung	26.11.2024	Vorberatung
Stadtrat	17.12.2024	Entscheidung

Stadtrat vom 22.10.2024

Oberbürgermeister Dr. Scharpf merkt an, dass es eine ausführliche Diskussion im Kulturausschuss dazu gegeben habe und dabei wurde in den Raum gestellt, ob möglicherweise ein neues Gymnasium in Betracht kommen könne. Dies wurde bereits mit dem Kultusministerium abgeklärt, doch komme von dort keine Genehmigung für ein neues Gymnasium, weil die Schulentwicklungszahlen mit 1,5 zusätzlichen Zügen zu gering für eine weitere Schule seien und diese Kapazitäten durch Sanierung und Erweiterung der bestehenden Schulgebäude gelöst werden könnten. Ohne staatliche Genehmigung erfolge aber keine finanzielle Förderung, was bedeuten würde, dass ein Neubau einer Schule dann finanziell alleine von der Kommune zu schultern sei, und zwar hinsichtlich der Bau-, als auch Personalkosten der Lehrkräfte. Daher ist Oberbürgermeister Dr. Scharpf der Ansicht, dass der vorgeschlagene Weg des Schulverwaltungsamtes der richtige sei, das Katharinen-Gymnasium in Angriff zu nehmen. Auch die Planungen bezgl. des Apian-Gymnasiums und die Beschlussfassung über das Zweckverbandsgymnasium in Pfaffenhofen seien sehr komplex und schwer zu durchdringen, daher schlägt Oberbürgermeister Dr. Scharpf vor, dieses Thema in den nächsten Sitzungslauf zu nehmen, um dann alle Folien durchzugehen, damit dann am Ende jeder guten Gewissens im nächsten Stadtrat zustimmen kann.

Stadtrat Stachel glaubt, dass es richtig sei, zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu entscheiden, da die Informationslage nicht gut genug sei. Doch die Dezembersitzung sei seines Erachtens bereits sehr überfrachtet, daher schlägt er vor, eine Sondersitzung zu machen.

Stadträtin Leininger ist der Meinung, dass eine zweite Runde zu diesem Thema nötig sei, da es zu dieser Präsentation noch einige Fragen gebe. Ebenso sei es wichtig, die gymnasiale Planung im Rahmen eines städtebaulichen Kontexts zu betrachten, um zu wissen, wo noch etwas Platz haben würde und in welcher Größe man eine innerstädtische Schule wolle. Denn Szenarien wie die grün hinterlegten, dass z. B. 2.000 Schüler an einer Schule sind, sollen vermieden werden. Ebenso interessiert sie das zeitliche Ineinandergreifen der Maßnahmen. Sie bittet darum, dieses Thema noch einmal ausführlich in der nächsten Kulturausschusssitzung zu besprechen. Falls die Zeit dort nicht reiche könne auch eine Sondersitzung dazu gemacht werden.

Herr Grandmontagne hebt vor, dass der Grundsatz sei, dass jede Gebietskörperschaft den Anspruch erfüllen müsse, für jeden Schüler und jede Schülerin, die in der Gebietskörperschaft lebe, ein Schulplatz bereitgestellt werden müsse. Die Bevölkerungsentwicklung in Ingolstadt habe rasant zugenommen, daher sei man schon seit vielen Jahren im Bereich Schulentwicklung tätig. Weiter teilt er mit, dass die Entscheidung des Landkreises Pfaffenhofen, ein Gymnasium zu bauen, grundsätzlich ohne jede Mitwirkung der Stadt Ingolstadt erfolgen könne. Pfaffenhofen sei dazu verpflichtet, damit sie den Schülerinnen und Schülern in ihrem Landkreis einen Schulplatz anbieten können. Die Stadt Ingolstadt müsse sich an diesem Projekt nicht beteiligen. Man könne zwar mit diesem einen Zweckverband mit dem Landkreis Pfaffenhofen bilden, sei aber nicht juristisch dazu verpflichtet, obgleich es regionalpolitisch wünschenswert sei. | Es handele sich deshalb nicht um eine juristische, sondern um eine politische Entscheidung.

Stadtrat Dr. Schuhmann denkt, dass man einen Zweckverband mit Pfaffenhofen eingehen solle, da dies die Situation der Ingolstädter erleichtern würde. Ebenso bittet er um das Ende der Debatte.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf teilt mit, dass dieses Thema im nächsten Kulturausschuss behandelt werde und davor eine extra Veranstaltung dazu stattfinden soll.

Stadtrat Dr. Schickel macht deutlich, dass dieses Thema sehr wichtig sei und nicht nach hinten verschoben werden soll.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf merkt an, dass das Katharinen-Gymnasium erst im Dezember im Stadtrat behandelt werde und nicht heute. Heute gehe es um das Zweckverband Gymnasium in Pfaffenhofen, das Oberbürgermeister Dr. Scharpf befürworte. Es soll noch einmal mit dem gesamten Stadtrat diskutiert werden, damit es alle verstehen, da es ein sehr komplexes Thema sei. Er denkt, dass es keine große Rolle spiele, wenn der Standort erst in ein paar Wochen beschlossen werde. Weiter bittet er Herrn Grandmontagne eine extra Veranstaltung zu planen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll ist der Meinung, dass dieses Thema noch einmal in der nächsten Sitzung des Kulturausschusses diskutiert werden soll.

Abstimmung über den Antrag auf Ende der Debatte:

Mit der Mehrheit der Stimmen:
Entsprechend genehmigt.

Der Antrag der Verwaltung V0747/24 wird zur Beschlussfassung in den nächsten Sitzungslauf des Stadtrates weiterverwiesen.